

HEINRICH BÖLL STIFTUNG RLP
 PROJEKTÜBERSICHT, VN: 04/08
 VERANTWORTLICH: MARKUS PFLÜGER, AG FRIEDEN, TRIER

Titel	„Für Kriege reformiert - EU und Deutschland auf Kriegskurs?“
Bundesland	Rheinland-Pfalz
Themenschwerpunkt	Internationales
Veranstaltungsart	Abendveranstaltung
Termin	20. Mai 2008
Ort	Trier, Friedens- und Umweltzentrum
Zielgruppe	Interessierte Öffentlichkeit, Friedensbewegte, Parteien, Bund der deutschen Katholischen Jugend.
Arbeitsziel	Kritik an der Entwicklung bekannt machen und vor der Abstimmung im EP diskutieren
Koop-PartnerInnen	HBS RLP, AGF, BDKJ und DFG-VK Trier
Kurzbeschreibung	Kritisches Update zum Stand der Sicherheitspolitik bzw. Militarisierung in Deutschland und der Europäischen Union. Schwerpunkt war der aktuelle Stand des EU-Reformvertrag sowie friedenspolitische Perspektiven und Gegenstrategien. Inhaltlich wurde vor allem eine die Kritik an der EU-Verfassung bzw. dem Reformvertrag dargestellt und diskutiert.
Teilnehmerinnen	11
Teilnehmer	14
	<p>Referent: Jürgen Wagner, IMI Tübingen, Moderation: Markus Pflüger, AG Frieden Trier.</p> <p>„Der EU-Reformvertrag und das Empire Europa - von Jürgen Wagner</p> <p>Die Europäische Union ist derzeit dabei, sich grundlegend zu verändern. Sie formuliert offensiv den Anspruch, in den Kreis der Großmächte aufsteigen zu wollen. Die im Jahr 2000 veröffentlichte Lissabon-Strategie mit ihrer Zielvorgabe, innerhalb von zehn Jahren zur Weltwirtschaftsmacht Nummer eins aufzusteigen, stellt in diesem Zusammenhang die wirtschaftliche Komponente der "Supermacht EU" dar.</p> <p>Erreicht werden soll dieses ehrgeizige Ziel einerseits durch einen radikalen neoliberalen Umbau innerhalb der Mitgliedsstaaten z.B. mit massiven Sozialabbau - sowie durch die aggressive Durchsetzung der eigenen Liberalisierungsagenda nach Außen. Nicht von ungefähr wurde nahezu parallel mit einem umfassenden Programm zur Militarisierung der Europäischen Union begonnen.</p> <p>Dieser Beitrag beschreibt wichtige Stationen dieser Entwicklung und erläutert die Militarisierung der Europäischen Union durch den EU-Reformvertrag (auch "Vertrag von Lissabon").</p> <p><i>Stationen und Komponenten der Militarisierung Europas</i></p> <p>Obwohl die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) bereits Anfang der 1990er mit dem Vertrag von Maastricht als eine der drei zentralen Säulen der Europäischen Union eingeführt wurde, führte sie lange Jahre eher ein Schattendasein.</p> <p>Mit der Verabschiedung des European Headline Goal im Dezember 1999 wurde der Umfang dieser Truppe auf 60.000 Soldaten festgelegt. Der Aktionsradius wurde zunächst auf 4.000 Kilometer rund um Brüssel festgelegt, was belegt, dass es hier um die Etablierung einer global agierenden Interventionsarmee zur Durchsetzung europäischer Interessen ging.</p> <p>Die ersten ESVP-Einsätze, "Concordia" in Mazedonien und "Artemis" im Kongo, fanden bereits im Jahr 2003 statt. Letzterer ist aus zwei Gründen interessant: Einmal liegt das Einsatzgebiet deutlich weiter als 4.000 Kilometer von Brüssel entfernt, womit auch diese räumlich ohnehin schon sehr weit gefasste Einschränkung endgültig ad acta gelegt wurde. Zudem agierte die EU im Kongo erstmalig ohne Rückgriff auf NATO-Strukturen und damit unabhängig von den USA, indem Frankreich die operative Führung übernahm. Im Dezember 2004 übernahm die Europäische Union die NATO-Mission in Bosnien-Herzegowina. Dieser "Althea" genannte Einsatz beweist mit seinen bis zu 7.000 Soldaten, dass es sich schon heute bei den EU-Streitkräften keineswegs um einen Papiertiger handelt.</p> <p>Militarisierung per Vertrag</p>

Die Substanz des EU-Reformvertrags besteht neben der Festschreibung des neoliberalen Wirtschaftsmodells insbesondere in den neuen Regelungen im Militärbereich. So wird mit dem Reformvertrag das mögliche Aufgabenspektrum für EU-Kampfeinsätze substanziell erweitert. In Artikel 43 (1) werden hierfür u.a. "die Unterstützung für Drittländer bei der Bekämpfung des Terrorismus in ihrem Hoheitsgebiet", "Kampfeinsätze im Rahmen der Krisenbewältigung", "Operationen zur Stabilisierung der Lage", also Besatzungsmissionen wie in Afghanistan und sogar "gemeinsame Abrüstungsmaßnahmen" benannt.

Mit dem Vertrag von Lissabon wird die Stimmverteilung im wichtigsten EU-Gremium, dem Rat der Staats- und Regierungschefs, massiv zugunsten der Großmächte verschoben. Von der neuen Regelung profitieren vor allem die bevölkerungsreichsten Staaten, allen voran Deutschland, das hierdurch seinen Stimmanteil von 8,4% auf 16,73% nahezu verdoppelt.

Mit der Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) von 2003 erhebt die Europäische Union unmissverständlich den Anspruch, im Konzert der Supermächte eine führende Rolle zu spielen: "Als Zusammenschluss von 25 Staaten mit über 450 Millionen Einwohnern, die ein Viertel des Bruttosozialprodukts (BSP) weltweit erwirtschaften, ist die Europäische Union [...] zwangsläufig ein globaler Akteur. [...]"

Militärische Rohstoffsicherung

Die militärische Energiesicherung rückt auch innerhalb der Europäischen Union immer stärker in den Mittelpunkt der Strategieplanung. Im European Defence Paper, dem Entwurf für ein EU-Militär-Weißbuch, werden Rohstoffkriege bereits unverblümt ins Auge gefasst: "Künftige regionale Kriege könnten europäische Interessen tangieren [...], indem Sicherheit und Wohlstand direkt bedroht werden. Bspws. durch die Unterbrechung der Ölversorgung und/oder einer massiven Erhöhung der Energiekosten, [oder] der Störung der Handels- und Warenströme."

An der anschließenden Diskussion beteiligten sich viele Anwesende engagiert. Themen waren insbesondere die Möglichkeiten der politischen Einflussnahme und die Positionen der Parteien, die wissenschaftlicher Kapazitäten zur Verfolgung der Entwicklung, externe Akteure wie die Bertelsmann-Stiftung, die die Entwicklung im Sinne weiterer Militarisierung beeinflussen und die Perspektiven des Verfassungsvertrages.

Zufriedenheit der TeilnehmerInnen

Die TeilnehmerInnen waren mit der Veranstaltung

sehr zufrieden	-	nicht zufrieden	
□	□	□	
8	18	0	- Stimmen
10	5	0	Punkte

Ergebnisse und Perspektiven

In der Diskussion wurde der Informationsbedarf betont sowie die mangelnde öffentliche Debatte und Aufklärung zum Thema. Es wurde diskutiert wie diese – neben dieser Vortragsveranstaltung - verbessert werden könnte. Bedarf an kritischer Auseinandersetzung zum Thema an Schulen und Universitäten sowie in den Medien wurde konstatiert. Kritik an Inhalten der EU-Verträge dürfen nicht als Kritik an Europa missverstanden werden, gerade Europa müsste sich stärker an Menschenrechten, Friedenspolitik und Ökologie und weniger an Wirtschafts- und Militärinteressen orientieren. Durch die Kooperation mit dem BDKJ konnten Multiplikatoren aus der katholischen Bildungsarbeit erreicht werden, zudem wurde mit der DFG-VK Trier eine weiterer Akteur in der Friedensbewegung einbezogen. Alle wollen am Thema „dran“ bleiben, eine Solidaritätserklärung und Informationen zum irischen Referendum wurde auf Wunsch in den Folgetagen an die TeilnehmerInnen verschickt.

Die Veranstaltung wird seitens der Heinrich Böll Stiftung Rheinland-Pfalz innerhalb der Reihe „Perspektiven der Friedenspolitik“ weiter analysiert und nach Abschluss dokumentiert.